

Niederschrift

über die 1. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Sozialausschusses am Mittwoch, 19.11.2025 um 18:00 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses (Mittelstraße 40 in 40721 Hilden)

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Christian Gartmann CDU

stellv. Vorsitz

Frau Lisa Didschuneit Bündnis 90/Die Grünen

Ratsmitglieder

Herr Fabian Filatov	CDU
Herr Peter Groß	CDU
Herr Ludger Reffgen	Bürgeraktion I Piraten
Herr Martin Sudhoff	CDU
Frau Danielle Winterberg	CDU
Frau Andrea Janeck	SPD
Frau Anne Kathrin Stroth	SPD
Frau Sibylle Owsianowski	AfD
Frau Elisabeth Verbeet	Die Linke

Sachkundige Bürger*innen

Herr Benjamin Döbgen	SPD	
Anika Ringelkamp	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Melanie Strobel-Hassan	AfD	Vertretung für Frau Niederquell

Beratende Mitglieder

Herr Udo Damrich	Evangelische Kirche	Vertretung für Frau Schüller
Herr Detlef Recha	Arbeiterwohlfahrt - Ortsverein Hilden	

Beiräte

Frau Christel Gerling	Seniorenbeirat
Frau Angelika Urbanc	Seniorenbeirat

Gäste

Andreas Adán	Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümerverschein Hilden e.V.
Funda Altun-Osterholt	Mieterbund Rheinisch-Bergisches Land e.V.
Michael Neitzel	Neitzel Consultants GmbH

Von der Verwaltung

Herr 1. Beigeordneter Sönke Eichner	Stadt Hilden
Frau Andrea Funke	Stadt Hilden
Frau Anja Voß	Stadt Hilden
Frau Sabine Freese	Stadt Hilden
Frau Anna Maurer	Stadt Hilden
Frau Ronja Kasper	Stadt Hilden

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 Bestellung der Schriftführung für den Sozialausschuss
WP 25-30 SV 50/001
- 3 Einführung und Verpflichtung der sachkundigen Bürgerinnen und Bürger sowie ggf. der beratenden Mitglieder
WP 25-30 SV 50/004
- 4 Einfacher Mietspiegel der Stadt Hilden gem. BGB und Mietspiegelverordnung
WP 20-25 SV 50/094
- 5 Aktionsplan „HILDEN ohne Barrieren - miteinander, füreinander“
WP 25-30 SV 51/012
- 6 Amt für Soziales und Wohnen (Dez.III - Amt 50) - Tätigkeitsfelder
WP 20-25 SV 50/090
- 7 Informationen zu Bildung und Höhe von Regelbedarfsstufen ab 01.01.2025
Sozialgesetz 2. Buch (SGB II) und Sozialgesetz 12. Buch (SGB XII)
WP 20-25 SV 50/091
- 8 Sachstandsbericht Unterbringung von Obdachlosen
WP 25-30 SV 51/007
- 9 Bericht örtliche Pflegeplanung Kreis Mettmann 2025
WP 25-30 SV 51/001
- 10 Sachstandsbericht Stellwerk
WP 25-30 SV 51/002
- 11 Sachstandsbericht Inklusion 2025
WP 20-25 SV 51/320
- 12 Anträge
- 12.1 Antrag der BA vom 24.09.25 "Wohnungstauschbörse - Umzugshilfe für Bewohnerinnen und Bewohner nicht vollständig genutzter größerer Wohnungen"
WP 25-30 SV III/001
- 12.2 Antrag der CDU vom 09.07.2025: "Hilden gegen Einsamkeit"
WP 20-25 SV 51/319
- 13 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 14 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende Rm Gartmann/CDU eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gremiums, die Gäste, die Vertreterin der Presse und die erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer. Er stellte fest, dass die Unterlagen form- und fristgerecht zugegangen sind.

Änderungen zur Tagesordnung

Es gab keine Änderungswünsche zur Tagesordnung.

Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde meldete sich niemand zu Wort.

1 Befangenheitserklärungen

Es erklärte sich niemand für befangen.

2 Bestellung der Schriftführung für den Sozialausschuss WP 25-30 SV 50/001

Vorsitzender Rm Gartmann bat zur Abstimmung, über die Wahl der Schriftführung des Sozialausschusses.

Beschlussvorschlag:

Der Sozialausschuss der Stadt Hilden bestellt bis Ende der Wahlperiode 2030:

1. Frau Sabine Freese zur Schriftführerin
2. Frau Anna Maurer zur stellvertretenden Schriftführerin
3. Frau Andrea Funke zur stellvertretenden Schriftführerin.

Folgende Schriftführerin wird mit der Bestellung der neuen Schriftführung abgewählt:

1. Frau Sonja Ockenfeld, bestellt am 02.11.2023.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

3 Einführung und Verpflichtung der sachkundigen Bürgerinnen und Bürger sowie ggf. der beratenden Mitglieder WP 25-30 SV 50/004

Vorsitzende Rm Gartmann/CDU verpflichtete Herrn Benjamin Döbgen/SPD, Frau Anika Ringelkamp/ Bündnis 90/Die Grünen, Frau Melanie Strobel-Hassan/AfD, Herrn Detlef Recha/AWO, Herrn Udo Damrich/Evangelische Kirche sowie Frau Christel Gerling/Seniorenbeirat mit den folgenden Worten:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Gemeinde erfüllen werde.“

Der Sozialausschuss nahm die Verpflichtung der sachkundigen Bürgerinnen und Bürger sowie der beratenden Mitglieder des Sozialausschusses zur Kenntnis.

4 Einfacher Mietspiegel der Stadt Hilden gem. BGB und
Mietspiegelverordnung

WP 20-25 SV 50/094

1. Beigeordneter Eichner kündigte die Präsentation des einfachen Mietspiegels an und bedankte sich bei seinem Team und den Kooperationspartnern Herrn Adán/Haus & Grund und Frau Altun-Osterholt/Mieterbund RBL für die Mithilfe und die konstruktive Mitarbeit im Arbeitskreis Mietspiegel und zeigte sich erfreut, dass der einfache Mietspiegel jetzt kurz vor der Veröffentlichung stehe.

Herr Neitzel/Neitzel Consultants wurde mit der Erstellung des einfachen Mietspiegels für die Stadt Hilden betraut und präsentierte das Ergebnis anhand einer PowerPoint Präsentation und einem begleitenden Vortrag.

Der Sozialausschuss nahm den einfachen Mietspiegel für die Stadt Hilden zur Kenntnis.

5 Aktionsplan „HILDEN ohne Barrieren - miteinander, füreinander“

WP 25-30 SV 51/012

Rm Stroth/SPD bedankte sich, für die Bereitschaft der Stadtverwaltung einen solchen Aktionsplan, unter Miteinbeziehung aller Akteure, zu erstellen. Dieser Meinung schloss sich Rm Didschuneit/Bündnis 90/Die Grünen an.

Rm Owsianowski/AfD merkte an, dass es in der Vergangenheit bereits so etwas in der Art gegeben habe, nannte einige Beispiele und fragte, ob es sinnvoll sei, dies erneut in gleicher Form aufzugreifen.

Frau Voß/Verwaltung erläuterte, dass es auch außerhalb der Innenstadt, wie z.B. auf Spielplätzen oder in Freizeiteinrichtungen noch Bedarf gebe und die Stadt zwar auf einem guten Weg sei, aber noch Verbesserungsbedarf bestehe. Der Aktionsplan soll einen Maßnahmenkatalog enthalten, bei dem vermerkt werden solle, was bereits umgesetzt wurde und was aufgrund der angespannten Haushaltslage der Stadt zeitnah oder erst zu einem späteren Zeitpunkt umgesetzt werden könne.

Rm Owsianowski/AfD bemerkte, da die bisherigen Erkenntnisse in den Aktionsplan einbezogen würden, wäre Sie damit einverstanden.

Beschlussvorschlag:

Der Sozialausschuss beschließt die Verwaltung mit der Erarbeitung des Aktionsplanes „HILDEN ohne Barrieren - miteinander, füreinander“ zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

6 Amt für Soziales und Wohnen (Dez.III - Amt 50) - Tätigkeitsfelder

WP 20-25 SV 50/090

Der Sozialausschuss nahm die Ausführungen der Verwaltung zum Tätigkeitsfeld des Amtes für Soziales und Wohnen (Dezernat III, Amt 50) zur Kenntnis.

- 7 Informationen zu Bildung und Höhe von Regelbedarfsstufen ab 01.01.2025 Sozialgesetz 2. Buch (SGB II) und Sozialgesetz 12. Buch (SGB XII) WP 20-25 SV 50/091
-

Der Sozialausschuss nahm die Ausführungen zur Bildung und Höhe von Regelbedarfsstufen ab 01.01.2025 für Leistungsfälle nach dem Sozialgesetz 2. Buch (SGB II) und Sozialgesetz 12. Buch (SGB XII) zur Kenntnis.

- 8 Sachstandsbericht Unterbringung von Obdachlosen WP 25-30 SV 51/007
-

Rm Didschuneit/Bündnis 90/Die Grünen erkundigte sich nach dem Vorgehen bei Ruhestörung in den Obdachlosenunterkünften. Im Bericht werde erwähnt, dass als Konsequenz der Strom abgeschaltet wird und Bußgelder verhängt werden. Außerdem interessiere sie, ob diese Maßnahmen analysiert werden und ob es ggf. andere mögliche Maßnahmen gebe.

Frau Voß/Verwaltung berichtete, dass es sich um ein Dauerthema handle und regelmäßig Besuche in den Unterkünften stattfinden würden. Die Verwaltung sei mit der SPE Mühle im Gespräch aber es lägen bei vielen Bewohnern Krankheitsbilder vor, die die Kommunikation erschweren würden.

Rm Didschuneit/Bündnis 90/Die Grünen betonte den emotionalen Ausnahmezustand von Personen, die von Obdachlosigkeit betroffen und in Notunterkünften untergebracht seien und dass Sie diese Maßnahmen bedenklich finde.

Der Sozialausschuss nahm die Ausführungen der Verwaltung zum Sachstand der Unterbringung von Obdachlosen zur Kenntnis.

- 9 Bericht örtliche Pflegeplanung Kreis Mettmann 2025 WP 25-30 SV 51/001
-

Der Sozialausschuss nahm den Bericht der örtlichen Pflegeplanung für Hilden zur Kenntnis.

- 10 Sachstandsbericht Stellwerk WP 25-30 SV 51/002
-

Der Sozialausschuss nahm den Jahresbericht des Sachgebiets Stellwerk zu Kenntnis.

- 11 Sachstandsbericht Inklusion 2025 WP 20-25 SV 51/320
-

Der Sozialausschuss nahm den Sachstandsbericht Inklusion 2025 zur Kenntnis.

- 12 Anträge
-

- 12.1 Antrag der BA vom 24.09.25 "Wohnungstauschbörse - Umzugshilfe für Bewohnerinnen und Bewohner nicht vollständig genutzter größerer Wohnungen" WP 25-30 SV III/001
-

Rm Reffgen/Bürgeraktion/Piraten begründete seinen Antrag zum Thema Wohnen im Alter und erläuterte, dass vermutlich rund 27% der Senioren, auf Wohnraum über 100 m² leben und einige Hilfestellung benötigten, um adäquaten kleineren Wohnraum zu finden und für junge Familien die Möglichkeit zu schaffen eine größere Wohnung zu finden.

Er begrüßte den Vorschlag der Verwaltung, dieses Thema im Rahmen der Seniorenarbeit im Stellwerk aufzunehmen.

1. Beigeordneter Eichner betonte, dass dem Thema Wohnraum Seitens der Verwaltung große Bedeutung beigemessen wird und er sich durchaus eine Infoveranstaltung oder ein Beratungsangebot zu dem Thema vorstellen könne.

Rm Stroth/SPD erklärte, dass ihrer Fraktion das Problem und dessen Vielschichtigkeit durchaus bewusst sei, dass die SPD-Fraktion aber eher dem Vorschlag der Verwaltung folgen würde und dem ursprünglichen Antrag in dieser Form nicht zustimmen könne.

Vorsitzender Rm Gartmann/CDU forderte Rm Reffgen auf zu formulieren, wie der geänderte Antragstext lauten solle, der zur Abstimmung gestellt werde.

Rm Didschuneit/Bündnis 90/Die Grünen würde gerne den Vorschlag der Verwaltung aufgreifen, dass eine Abfrage über das Stellwerk den Bedarf ermittele und würde dann gerne dem Vorschlag der Verwaltung folgen.

Rm Filatov/CDU lehnte im Namen seiner Fraktion die Fortsetzung des Prüfauftrages ab und würde gerne ebenfalls als Kompromiss dem Vorschlag der Verwaltung folgen.

1. Beigeordneter Eichner sagte Rm Reffgen zu, sich dem Thema Wohnraum in Hilden anzunehmen und formulierte den geänderten Beschlussvorschlag.

Antragstext:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, in welcher Form Umzüge sowohl von Mieterinnen und Mietern als auch von Eigentümern aus Wohnungen, die altersbedingt nicht mehr vollständig genutzt werden, unterstützt werden können.

Die Unterstützung soll sich an umzugswillige Hildener Bürgerinnen und Bürger richten, die aufgrund fortgeschrittenen Alters und aufgrund ihrer familiären Situation (z. B. alleinstehend) nicht in der Lage sind, eigenständig zu groß gewordenen, teilweise ungenutzten Wohnraum gegen altersgerechte Wohnverhältnisse zu tauschen. In diesem Zusammenhang sollte auch die Einrichtung einer Wohnungstauschbörse in Betracht gezogen werden.

Erläuterungen zum Antrag:

Der Attraktivität Hildens als Wohnstadt stehen aufgrund der hohen Siedlungsdichte und der weitestgehend aufgebrauchten Flächenreserven zur Bebauung kaum mehr Möglichkeiten zur Expansion und Neubautätigkeit gegenüber. Die hohe Nachfrage nach Wohnraum begegnet insbesondere im Bereich der älteren Generation Bewohnern von Wohnungen, die ihnen inzwischen zu groß geworden sind. Vor allem viele ältere Menschen nutzen aufgrund von Sterbefällen, Trennungen oder dem Auszug der Kinder ihren Wohnraum nicht mehr vollständig und wären bereit, in eine kleinere Wohnung zu ziehen.

Ein Umzug ist aber gerade für die Älteren oft mit Schwierigkeiten verbunden, zumal, wenn sie sich mit dem Umzugsmanagement überfordert fühlen. Abhilfe könnte ein städtischer Service für umzugswillige Wohnungsinhaber (Mieterinnen und Mieter als auch Wohnungseigentümer) bieten. Ob sich das Angebot auf die Dienstleistung einer Umzugshilfe beschränkt, oder mit zusätzlichen Anreizen verbunden wird, ist dabei zunächst sekundär.

Fazit der Verwaltung:

Das „Tauschpotential“ wird nicht sehr hoch eingeschätzt. Auf dem Wohnungsmarkt agieren Makler, die als Bindeglied zwischen Eigentümer/n und Mieter/n fungieren. Wohnungsportale unterstützen bereits „Tauschobjekte“.

Eine Wohnungstauschbörse wird wahrscheinlich eher eine „Maklerfunktion“ einnehmen, indem Häuser/Eigentumswohnungen zum Verkauf angeboten werden, ohne dass es am Ende zu einem Tausch kommt. Ein dauerhaftes großes Potential wird eher nicht vermutet.

Die Pflegekasse bietet bereits unter bestimmten Voraussetzungen finanzielle Hilfen für den Umzug, Renovierung, passende Ausstattung der Mietwohnung/des Eigentums, so dass keine städtischen

Hausmittel dafür eingesetzt werden sollten.

Vielfach bestimmen die fehlenden Rahmenbedingungen den Umzugswillen. Dies im Gegensatz zum Anspruch der Pflegekassen, die Familien/Personen so auszustatten, dass möglichst lange ein Leben in den (eigenen) gewohnten 4-Wänden möglich bleibt.

Oftmals geht es jedoch nicht allein um die Wohnungsgröße, sondern vielmehr auch um eine altersgerechte/barrierefreie Ausstattung der Wohnung in einer guten Wohnlage, die einen Tausch erschweren.

Eine Wohnungstauschbörse ist zudem mit Personaleinsatz (Vorbereitung, Werbung, Durchführung, Nachbereitung) verbunden.

Die Verwaltung war unabhängig von diesem Antrag schon in Vorüberlegungen eingestiegen und schlägt daher vor, das Thema im Jahr 2026 im Rahmen der Seniorenarbeit im Sachgebiet Stellwerk aufzugreifen. So soll im Vorfeld der im Antrag erwähnten möglichen Wohnungstauschbörse eine Infoveranstaltung mit dem Schwerpunktthema „Leben im Alter“ angeboten werden. Die finanziellen Mittel für die Ausgestaltung der Veranstaltung können über die Kreisförderung „Seniorengerechte Quartiersentwicklung“ beantragt werden.

Geänderter Antragstext (dem Vorschlag der Verwaltung folgend):

Die Verwaltung wird beauftragt im Jahr 2026 im Rahmen der Seniorenarbeit im Sachgebiet Stellwerk aufzugreifen, eine Infoveranstaltung mit dem Schwerpunktthema „Leben im Alter“ anzubieten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen bei 2 Nein-Stimmen der AfD-Fraktion.

12.2 Antrag der CDU vom 09.07.2025: "Hilden gegen Einsamkeit"

WP 20-25 SV 51/319

Rm Filatov/CDU betonte die Wichtigkeit des Themas und bat um Verschiebung des Antrages, um den konkreten Handlungsauftrag an die Verwaltung, unter Beteiligung aller wichtigen Institutionen, überarbeiten zu können.

1. Beigeordneter Eichner begrüßte die Vorgehensweise und betonte, dass die Umsetzung amtsübergreifend erfolgen müsse, falls dem Antrag in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses entsprochen werde.

Vorsitzender Gartmann/CDU bat zur Abstimmung, ob der Vertagung stattgegeben werde. Dies wurde einstimmig beschlossen.

Antragstext:

Die CDU-Fraktion Hilden stellt folgenden Antrag:

1. Der Rat der Stadt Hilden erkennt „Einsamkeit“ als aufkommendes Problem unserer Gesellschaft an und setzt sich dafür ein, entsprechende Maßnahmen für betroffene Zielgruppen zu ergreifen und dieses Thema aus der Tabuzone zu holen.

2. Die Stadtverwaltung erarbeitet zur Sitzung des Sozialausschusses am 19. November ein gesamtheitliches Konzept „Hilden gegen Einsamkeit“.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wurde auf Wunsch der antragstellenden CDU-Fraktion vertagt.

13 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

Keine.

14 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Keine.

Ende der Sitzung: 19:01 Uhr

Gez.
Christian Gartmann / 15.12.2025
Vorsitzende

Gez.
Sabine Freese / 15.12.2025
Schriftführer/in

Gesehen:

Gez.
Dr. Claus Pommer / 08.12.2025
Bürgermeister

Gez.
Sönke Eichner / 04.12.2025
Beigeordneter